

Zyklus und Wende

Srubar, Ilja

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Rainer Hampp Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Srubar, I. (1997). Zyklus und Wende. In E. J. Dittrich, F. Fürstenberg, & G. Schmidt (Hrsg.), *Kontinuität im Wandel : Betriebe und Gesellschaften Zentraleuropas in der Transformation* (S. 169-180). München: Hampp. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-410121>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

I. Srubar

Zyklus und Wende

1. Zur Verortung der Transformation postsozialistischer Länder im Prozeß europäischer Modernisierung

Die soziologische Theoriebildung erfolgt in der Auseinandersetzung mit der beobachtbaren Entwicklung ihres gesellschaftlichen Gegenstandes: Sie muß also materialgesättigt sein. Daher darf sie vor beobachtbaren Phänomenen nicht zurückschrecken, insbesondere, wenn diese sich gegen die gängigen konzeptuellen Muster sperren. Ein solches Phänomen scheint gegenwärtig die Zyklizität in der langfristigen Entwicklung der europäischen Gesellschaften zu sein, die in der Wende und in der Transformation postsozialistischer Gesellschaften emergent wird. Vieles spricht dafür, daß Wende und Transformation nicht einfach einen Richtungswechsel darstellen, sondern Momente einer zyklischen Bewegung in sich tragen. So steht in der Semantik der Wende die Figur der Wende selbst für die Rückkehr zu einem in der Vergangenheit verlassenem Weg gesellschaftlicher Entwicklung. Auf der sozialstrukturellen Ebene ist nicht zu übersehen, daß die Transformation realsozialistischer Gesellschaften einen Prozeß darstellt, durch den diese in soziale, politische und wirtschaftliche Strukturen wieder eingegliedert werden sollen, zu deren Überwindung und Aufhebung sie einst konstruiert wurden. Damit geht eine weitere diesen Ländern gemeinsame Tendenz einher, die den von ihnen vollzogenen Zyklus markiert: Sie alle müssen eine neue Gesellschaftsdoktrin suchen, die den Prozeß der politischen Pluralisierung, der Privatisierung der Wirtschaft und die neu entstehende massive soziale Ungleichheit legitimieren soll. Diese Doktrin finden die meisten postsozialistischen Länder in unterschiedlichen Formen eines politischen und wirtschaftlichen Liberalismus. Auch auf der Ebene der Ideologien stellt also die sogenannte Wende eine Wiederaufnahme von Denkfiguren dar, deren Entstehung sich ideengeschichtlich der frühen Phase der Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften verdankt. Diese Tendenz wird noch verstärkt durch eine parallele Entwicklung im Westen, wo sich die Kritik der Auswüchse des Wohlfahrtsstaates sowie die Versuche, diese abzubauen, zunehmend durchsetzen. Der Übergang von Kapitalismus zu Sozialismus und zurück ist insofern kein Phänomen, das lediglich die postsozialistischen Länder betreffen würde. Es ist Teil des gesamteuropäischen zyklischen Wechsels zwischen liberalen und etatistischen Entwicklungsphasen - wie wir später noch sehen werden.

Diese Betrachtungsweise der Wende und ihrer Folgen hat gewisse Vorteile und verspricht einigen Erkenntnisgewinn. Um dies deutlich zu machen, möchte ich

hier eine Typologie einführen, die im Bereich der Sozialgeschichte entstand - nämlich die Unterscheidung von verschiedenen Schichten der sozialen Realität und ihrer Wandlungssequenzen, die Fernand Braudel in seinem programmatischen Aufsatz „Histoire et Sciences Sociales: La longue durée“ vornahm (1962). Braudel unterschied zwischen einer „histoire événementielle“, also einer Tatsachenebene mit einem sehr kurzen Zeitrhythmus des Wandels, und ihrem Gegenpol - einer „histoire structurelle“, die für ihn die eigentliche Linie des langsamen, epochalen historischen Wandels ausmacht, für die er den Begriff der „longue durée“ - also der „langen Dauer“ - prägt. Zwischen diesen liegt dann die „histoire conjoncturelle“, also ein mittelfristiger Rhythmus zyklischer Phasen, in welchem sich bestimmte strukturelle Konfigurationen von Ideen und von ökonomischen sowie sozialen Beziehungen wiederholen, wenn auch in zeitlich unterschiedlichen Kontexten. Der Wandel auf der Ebene der Ereignisse und auf der Ebene der Zyklen trägt dann die langfristigen strukturellen Veränderungen in der „longue durée“, die häufig erst im Laufe von Jahrhunderten sichtbar werden.

Übertragen auf das Problem der Erfassung der Transformation der postsozialistischen Länder, bedeutet diese Dreiteilung der Beobachtungsperspektiven etwa folgendes:

Die Ebene der Ereignisse und ihrer durch den revolutionären Wandel der postsozialistischen Länder noch beschleunigten Zeitsequenz ist einerseits von zu kurzer Dauer, als daß man zuverlässige soziologisch-theoretische Konzepte aus ihrer Perspektive ableiten könnte. Andererseits stellt die „longue durée“ als ein langfristiger Trend eine Perspektive dar, die prinzipiell offen ist und dem theoretischen Blick nur wenig strukturierende Anhaltspunkte bietet. Wenn wir also die postsozialistische Wende und ihren Verlauf im Kontext der Entwicklung moderner Gesellschaften betrachten wollen, so bietet sich am ehesten die von Braudel aufgezeigte mittlere Ebene der zyklischen Konfigurationen an.

Dieser Zugang hat einige methodologische Vorzüge: Erst wenn wir den Transformationsprozeß als eine Periode eines größeren Entwicklungszyklus betrachten, ergibt sich daraus die gewünschte Möglichkeit, diesen Prozeß in den Kontext der bisherigen Entwicklung europäischer Gesellschaften zu stellen. Daraus resultiert dann auch der Vorteil, daß das Geschehen in den postsozialistischen Ländern nicht notwendigerweise als eine terra incognita anzusehen ist, für deren Vermessung erst Kategorien gefunden werden müßten, sondern daß wir, aufgrund der behaupteten Periodizität von Entwicklungszyklen, berechtigt sind, auf theoretische Konzepte zurückzugreifen, die die Soziologie in ihrer bisherigen Auseinandersetzung mit der Entwicklung moderner Gesellschaften gewonnen hat. Halten wir nun Ausschau nach theoretischen Mitteln, mit welchen man diese zyklische Tendenz angehen könnte, so scheint auf den ersten Blick das Angebot im Bereich der Soziologie eher bescheiden zu sein verglichen etwa mit jenem in den Wirtschaftswissenschaften. Die Ökonomie begreift die ihr zugängliche soziale Realität des Wirtschaftens durchaus als ein zyklisches Geschehen. So postuliert etwa

Joseph Alois Schumpeter, der gesellschaftliche Fortschritt des Kapitalismus sei „Kraft seines Mechanismus ein zyklischer Prozeß“ (Schumpeter 1961, 147). Während sich bei Schumpeter die innovative Tendenz der Moderne aus der Zyklizität von Konjunktur und Rezession ergibt, fügen die soziologischen Ansätze noch eine weitere Komponente hinzu. Sie beobachten auch die Entwicklung von sozialen Wissenssystemen und Ordnungstypen, durch die die ökonomische Innovation je organisiert und legitimiert wird: so z. B. die Untersuchungen zum sozialen Wandel von Volker Bornschie, der an Schumpeter und Braudel anknüpft (Bornschie 1988). Bornschie stellt fest, daß der Zyklus von ökonomischer Stagnation und Innovation mit einem zyklischen Wechsel von liberalen und korporatistischen Gesellschaftsentwürfen einhergeht, die abwechselnd den jeweiligen ökonomischen Wandel legitimieren.

Die „main stream“-Soziologie denkt jedoch die Entwicklung solcher Gesellschaftsentwürfe in der Regel linear und hält sie fest, indem sie idealtypische - meistens binäre - Modelle sozialer Integration gegeneinander kontrastierend abhebt: so etwa Ferdinand Tönnies' Gemeinschaft und Gesellschaft, Emile Durkheims mechanische und organische Solidarität oder Herbert Spencers militärische und industrielle Organisation. Die damit verbundene Vorstellung einer linearen Evolution von Gesellschaftstypen enthält jedoch einige Implikationen, die auch für unsere Zwecke brauchbar sind. Sie zwingt dazu, Merkmale anzugeben, die den Übergang von einem Typus sozialer Organisation zum anderen charakterisieren und damit den Grad der Modernisierung von Gesellschaften angeben. Wir finden sie etwa bei Talcott Parsons (Parsons, 20f) formuliert als zunehmende Generalisierung von Werten und Normen, die mit einer Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder unter diese einhergeht, bei gleichzeitiger Ausdifferenzierung des Gesellschaftssystems in arbeitsteilige Subsysteme, die eine Anhebung des Lebensstandards nach sich zieht. Diese Kategorien, für die Beschreibung einer linear gedachten Modernisierung von Gesellschaften entworfen, können natürlich sowohl die Zunahme als auch die Abnahme der Modernisierungsmerkmale anzeigen und so auch zyklische Trends zu erfassen helfen.

Stellen wir nun die Frage nach dem Zyklus, dessen Teil die postsozialistische Wende darstellt, so läßt sich beobachten, daß ein solcher Zyklus auf der Ebene von Wissenssystemen als eine periodische Dominanz im Diskurs zwischen den zwei grundlegenden Gesellschaftsentwürfen der Moderne - dem Liberalismus und dem Sozialismus - verläuft. Suchen wir nun nach kategorialen Konzepten, die uns den gesellschaftsstrukturellen Niederschlag dieser zwei Entwürfe im Verlauf der Modernisierung europäischen Gesellschaften veranschaulichen, so stoßen wir unweigerlich auf die schon genannte binäre Gegenüberstellung von militärischer und

industrieller Gesellschaftsstruktur, die von Herbert Spencer am Ende des 19. Jahrhunderts vorgenommen wurde (1889).

Spencer - zuerst auf der Suche nach einer evolutionären Abfolge von Gesellschaftsformationen - beschreibt die beiden Ordnungstypen wie folgt: Der „militärische“ Organisationstyp sei auf dem Prinzip der „Regimentation“ aufgebaut, d. h. durch die staatlich-bürokratische Lenkung aller sozialen Bereiche gekennzeichnet. Die Arbeitsteilung sei auf die durch die Staatsautorität definierten Bedürfnisse zugeschnitten, denen auch die Wirtschaft diene. Das soziale Produkt werde nicht primär durch den Markt verteilt, sondern vom Staat umverteilt. Das Individuum, seine Leistungen und Eigentumsrechte würden dem kollektiven, vom Staat definierten Interesse untergeordnet. Die Positionen des Menschen in der Gesellschaft würden daher nicht nach Leistung, sondern durch staatliche Zuweisung, bzw. durch die „Vererbung“ verteilt (vgl. Spencer 1889, Kap. XVII). Wenn auch Spencer die Merkmale vor allem am absolutistisch-monarchistischen Gesellschaftstypus gewinnt, sieht er sie ebenso in industriellen Gesellschaften seiner Zeit verwirklicht, so z. B. im französischen Zentralismus, bzw. im wilhelmischen Deutschland. Aber auch die sozialistischen Gesellschaftsentwürfe - wie wir aus der heutigen Sicht unschwer erkennen - zielen durch Spencers Augen auf die Realisierung einer Gesellschaft des „militärischen“, oder genauer des „etatistischen“ Typs. Für solche Gesellschaften sind laut Spencer auch bestimmte Ideologezüge charakteristisch. Sie stellen im Sinne von Karl Popper „geschlossene Gesellschaften“ dar. Sie streben nach wirtschaftlicher Autonomie, sie integrieren sich vornehmlich durch emotionalen Nationalismus und Patriotismus und tragen Konflikte durch Gewalt aus.

Der industrielle Gesellschaftstypus wird - im Gegensatz zum militärischen - von Spencer als die Verwirklichung marktliberaler Prinzipien beschrieben. Die soziale Ordnung dieser Gesellschaften wird von unten durch freiwillige arbeitsteilige Kooperation getragen. Die soziale Integration geht nicht vom staatlichen Zwangsprinzip aus, sondern wird durch private Vertragsverhältnisse bewirkt als deren Garant der Staat lediglich auftritt. Konflikte werden durch Kompromisse geregelt. Der Bedarf an staatlicher Koordinierung ist gering. Die spontane Arbeitsteilung und die Verteilung der Güter durch den Markt machen eine hohe Anpassungsfähigkeit dieses Gesellschaftstypus aus, der somit dem militärischen auch evolutionär überlegen ist. Soziale Positionen sind vornehmlich durch individuelle Leistung zu erreichen. Somit ist auch die soziale Ungleichheit legitim, gerecht und funktional. Sozialpolitische Maßnahmen würden die Leistungsbereitschaft und somit auch die spontane Integrations- und Anpassungsfähigkeit des industriellen Gesellschaftstypus einschränken. Solche Gesellschaften seien weltoffen und generieren ein Weltwirtschaftssystem (vgl. Spencer 1889, Kap. XVII). Als Anschauungsbeispiel dieses Gesellschaftstypus führt Spencer natürlich vor allem England und die Vereinigten Staaten von Amerika an. Unverkennbar kumulieren in diesem zweiten Gesellschaftstypus Merkmale einer

liberalen „civil society“ wie sie in der englischen Tradition seit John Locke und den schottischen Moralphilosophen entwickelt wurden.

Die Konkurrenz zwischen diesen zwei Gesellschaftstypen wird in Spencers Augen auch den Fortgang der Moderne entscheidend beeinflussen, wobei die militärisch-etatistischen Gesellschaften mangels freien Marktes und spontaner Anpassungsfähigkeit ihre anfängliche Effizienz verlieren, der industriellen Organisation gegenüber langsam ins Hintertreffen geraten und schließlich untergehen werden.

Die damalige aktuelle gesellschaftliche Lage stellt sich allerdings Spencer anders dar als man erwarten würde. Er beobachtet keineswegs einen mit der fortschreitenden Industrialisierung einhergehenden Übergang vom militärischen zum industriellen Modell. Im Gegenteil: Am Ende des vierten Bandes seiner „Principle of Sociology“ stellt er resigniert fest: „Wenn die Zentralverwaltung und die sich vervielfältigenden lokalen Verwaltungen fortfahren, Funktion auf Funktion zu häufen, wenn Jahr für Jahr mehr Sachen durch öffentliche Vermittlung gestaltet werden, wenn die Geschäfte von [privaten] Kompanien ein nach dem anderen vom Staate oder von der Munizipalität übernommen werden, während die Geschäfte der Individuen allmählich immer mehr durch offizielle [öffentliche] Konkurrenten beeinträchtigt werden, dann wird in einer gar nicht so fernen Zeit die jetzige freiwillige Organisation aus ihrer Stellung vollständig verdrängt und durch eine zwangsweise industrielle Organisation ersetzt sein ... Und so wird ein Staat gegründet sein, in welchem kein Mensch tun kann, war er möchte, sondern jedermann tun muß, was ihm geheißen wird“ (Spencer 1896, 671). Spencers Beobachtung zeigt uns an, daß der Wechsel der Dominanz vom liberalen zum etatistischen Typus gesellschaftlicher Organisation der Moderne in der realen sozialen Entwicklung um die Jahrhundertwende bereits emergent war.

Trifft es nun zu, daß mit der liberal-industriellen und militärisch-etatistischen Organisation zwei Gesellschaftsentwürfe der Moderne vorliegen, deren handlungsorientierende Dominanz in einem Zyklus wechselt, dann erhebt sich natürlich die Frage nach den Prozessen, die diese Dynamik bewirken. Spencers frühe Klage über die zunehmende „Regimentierung“ der industriellen Gesellschaft macht deutlich, daß wir die Tendenzen, die zur Ablösung des liberalen Denkmodells durch etatistische Ordnungsvorstellungen führten, in der Entwicklung des liberal-industriellen Ordnungstypus selbst suchen müssen. Diese Entwicklung ist bekanntlich durch drei Tendenzen gekennzeichnet, die sich auf den zentralen Systemebenen europäischer Gesellschaften bemerkbar machen: Auf der sozialen Ebene ist es der Zwang, den sozialen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu lösen, auf der ökonomischen Ebene ist es die zunehmende Konzentration von Kapital und auf der politischen Ebene dann die Entwicklung moderne Massendemokratien hin.

Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit stellt die europäischen Industriegesellschaften vor die Aufgabe, die ihnen zugrunde liegende soziale Ungleichheit zu legitimieren und die immer zahlreicher werdenden Schichten von abhängig Beschäftigten - voran die Arbeiterklasse - in die Gesellschaft zu integrieren. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts entstehen vornehmlich zwei Strategien dieser Integration: Die erste besteht in der langsamen Erweiterung des liberalen Modells politischer Bürgerrechte auf die wirtschaftlich abhängigen Unterschichten. Die materielle und soziale Ungleichheit wird somit durch die formelle Gleichstellung der Bürger zuerst als Vertragssubjekte vor dem Gesetz vorangetrieben. Diese Strategie allein erweist sich nicht als zugkräftig genug - vor allem auch, weil die Ausdehnung des Rechts auf politische Repräsentation auf die Unterschichten zu langsam fortschreitet. Dies macht eine weitere Strategie erforderlich, die bekanntlich in dem Versuch des Staats besteht, die Folgen der materiellen und der sozialen Ungleichheit zu mildern, indem er durch sozialpolitische Maßnahmen einige der Risiken aufhebt, die sich für die Arbeiterschichten aus ihrer Abhängigkeit vom Kapital und von den Konjunkturzyklen des Marktes ergeben (vgl. Ritter 1991).

Die zweite Tendenz, die von liberalen laissez-faire-Zuständen zu Reglementierung und planvoller Einschränkung der Spontaneität der Marktentwicklung führt, entspricht der Veränderung in der Organisation der kapitalistischen Produktion selbst. Ihre rasante Erweiterung sowie die zunehmende Kumulation des Kapitals vor allem in den ersten Dekaden dieses Jahrhunderts steigern einerseits noch die Anzahl der von der Warenproduktion und vom Markt abhängigen Bevölkerung. Damit wird auch der Druck auf sozialpolitische Integrationsmaßnahmen seitens des Staates erhöht. Andererseits jedoch erfordert die immer komplexer werdende Struktur der Wirtschaft und der einzelnen Unternehmen eine planvolle Führung und Koordinierung durch private Bürokratien und Managerteams, die nicht mit den Kapitaleigentümern identisch sind.

Vor diesem Hintergrund wird auch das damals verbreitete Argument verständlich, daß es bei diesem Entwicklungsstand der Marktwirtschaft kaum noch eine Rolle spiele, ob die Unternehmen in privatem oder staatlichem Besitz seien bzw. ob vornehmlich der Markt oder die staatliche Lenkung das Nationalprodukt verteile (vgl. Schumpeter 1987, 218f, 253f, 276ff).

Die in diesem Argument zum Ausdruck kommende Ansicht, daß das liberal gedachte Gesellschaftsmodell diesem Stadium der Industriegesellschaft nicht mehr adäquat sei und durch ein soziales totalitäres ersetzt werden müsse, wird noch durch die Wahrnehmung des Versagens der liberalen Legitimationsmechanismen verstärkt, das sich in der Krise der Massendemokratien und in der Gefahr ihres Abrutschens in den Totalitarismus manifestiere. Karl Mannheims Analyse der Entstehung des Faschismus liefert uns ein plastisches Beispiel für diese Sichtweise: Die Masse der Bevölkerung, die einerseits vom Großkapital, andererseits von der anonymen Staatsbürokratie abhängig ist, wird nur noch durch den formalen Status von Individuen mit Stimmrecht zusammen gehalten. Dieser reiche jedoch nicht aus, um

die entstandene Distanz zwischen den atomisierten Massenindividuen und den Integrationsmechanismen der Bürgergesellschaft - dem Markt und dem Staatsmachtmonopol - zu überbrücken. Zugleich habe auch die Individualisierung und Atomisierung des Subjekts die Massen aus ihren im 19. Jahrhundert entstandenen Klassen- und Gruppenbindungen weitgehend gelöst und schwäche so die traditionelle, internationalistisch-sozialistische Artikulation ihrer Interessen. Zur Alternative wurden in dieser Lage soziale Bewegungen, die die abstrakte Formalität der Bürgergesellschaft durch das Angebot einer Nationen- bzw. einer Rassengemeinschaft aufzuheben suchten und einen Schutz gegen das Großkapital versprachen. Unter diesen Bedingungen sieht auch die Kapitaleseite die Voraussetzungen ihrer Existenz - nämlich den Markt und die notwendige Ungleichheit - nicht mehr vom liberalen Modell garantiert und optiert für eine rechtsradikale Staatsordnung (vgl. Mannheim 1967, 48ff, 71ff, 150ff, 392ff).

Das Wichtigste an Mannheims Analyse ist jedoch in unserem Zusammenhang, daß er die Sozialtechniken analysiert, mit welchen der totalitäre Staat, gleich ob rechter oder linker Prägung, an die Festigung seiner Macht geht. Diese Sozialtechniken bestehen keineswegs nur in Unterdrückung, Terror und Propaganda, sondern vor allem in nachhaltigen sozialpolitischen Maßnahmen, die aus allen Gruppen der Bevölkerung sozusagen Klienten des Staates machen, der ihnen soziale Positionen, Bildung und Bildungsinhalte sowie Materialeleistungen zukommen läßt. Mannheims Schlußfolgerung läßt sich wie folgt zusammenfassen: Die Bedrohung von Massendemokratien geht großenteils davon aus, daß sie keine derart umfassende Sozialtechnik entwickeln, die die Loyalität ihrer Bürger erhalten kann. Daher sollten Demokratien von dem totalitären System lernen, eine Sozialpolitik zu betreiben, die ihre Wähler zu loyalen Klienten des demokratischen Sozialstaates machen kann (vgl. Mannheim 1967, 390ff). Schauen wir auf die Entwicklung des Sozialstaates in Westeuropa nach 1945, dann sehen wir, wie sich in ihm diese Art Sozialpolitik verwirklichte.

Betrachten wir diesen Prozeß durch das Spencersche binäre Typenschema, so wird eine Paradoxie der Folgen in diesem Wechsel vom liberalen zum etatistischen Gesellschaftstypus sichtbar: der Etatismus des westlichen Sozialstaates erhält das Funktionieren der Marktwirtschaft unter den Bedingungen der Massendemokratie. Dieses gelingt ihm, indem er die von der Marktwirtschaft erzeugten Ressourcen nutzt, zuerst - um mit Ralf Dahrendorf zu sprechen (vgl. Dahrendorf, 1992) - die materialen Angebote an die Bürger erheblich zu steigern, also zuerst einen *Wohlstandsstaat* zu verwirklichen, um etwa ab den 60er Jahren die sozialen Anrechte auf Wohlstand zu generalisieren - also einen *Wohlfahrtsstaat* auf hohem Niveau zu etablieren. Dadurch erfolgt tatsächlich in starkem Maße eine Inklusion breiter Bevölkerungsschichten in die Gesellschaft und damit auch eine

Generalisierung der politisch-gesellschaftlichen Normen und Werte im Parsonsschen Sinne. Dem Etatismus des Sozialstaates gelingt es, die liberalen Institutionen des Marktes und der repräsentativen Demokratie zu legitimieren, seine Bürger an diese zu binden. Doch gerade durch die Versuche, diese seine kompromißstiftende und legitimierende Effizienz zu erhalten bzw. zu steigern, wird der sozialstaatliche Etatismus unter Druck gesetzt: die finanzielle Belastung steigt, die Anrechte der Klienten werden institutionalisiert und sind kaum zurückzuschrauben, die im Weltwirtschaftssystem globalisierten Nationalwirtschaften weichen der etatistischen Belastung in andere, „marktfreundlichere“ Weltregionen aus. Der Geist, den wir in Spencers liberaler Kritik am Etatismus vorfinden, wird wieder dominant. Damit schließt sich der Zyklus im Westen wieder.

Der Etatismus im realen Sozialismus war wesentlich radikaler. Das unschuldige, von Ludwig von Mises im Jahre 1920 noch rein akademisch gedachte Argument (von Mises 1920), wonach sozialistische Planwirtschaften nicht funktionieren können, da ihnen die preisbildende Marktmechanik und somit auch jegliche Voraussetzung für das rational kalkulierende Wirtschaften fehlen, wurde durchaus bestätigt, und der darin benannte Tatbestand wurde zur Ursache der chronischen Ineffizienz realsozialistischer Wirtschaften. Die Notwendigkeit, den Mangel planteknisch zu verwalten, bestärkte den monopolistischen Machtanspruch der kommunistischen Eliten, die jegliche Bemühung um eine wirtschaftliche Dezentralisierung als eine Schwächung ihrer Machtposition empfanden. Die auf dieser Grundlage funktionierende staatliche Distribution von Waren und Leistungen zielte darauf ab, die Bürger von ihnen abhängig zu machen. In diesem Sinne war der Anspruch der Bürger auf staatliche Versorgung generalisiert und legalisiert - der sozialistische Staat war damit durchaus auch ein *Wohlfahrtsstaat*. Da er allerdings nur Mangel verwalten konnte, ist er nie ein *Wohlfahrtsstaat* geworden und hat somit auch nie die Legitimationswirkung des westlichen Sozialstaates erreicht. Im Gegenteil - die vor der Wende ausgeführten Umfragen zeigten, daß etwa in Ungarn die Mehrzahl der Bevölkerung davon überzeugt war, der gegenwärtige europäische Kapitalismus verwirkliche soziale Gerechtigkeit und Gleichheit viel besser als das realsozialistische System (vgl. z. B. Andorka 1994, Hankiss 1990).

Der Etatismus realsozialistischen Typus hat also trotz der Generalisierung von Versorgungsansprüchen keine Inklusion und keine Verallgemeinerung von politischen Werten und Normen im Sinne von Parsons bewirkt. Er konnte zwar einen Industrialisierungsschub auslösen - und in diesem Sinne modernisierend wirken - eine Modernisierung sozialer Strukturen und Institutionen blieb jedoch aus.

Die politisch erzwungene Blockade von Reformversuchen, die periodisch immer wieder einsetzen (etwa Polen, Ungarn 1956, DDR 1963, CSFR 1968, Polen, Ungarn erneut ab 1980) führte dazu, daß es keine systemverträglichen Alternativen gab, nachdem der sich selbst zersetzende Mechanismus der realsozialistischen Mangelwirtschaft schließlich die kommunistische Partei der Sowjetunion zwang, ihren Machtanspruch außerhalb sowie innerhalb des Landes aufzugeben. Der

zugleich unternommene Versuch, den realsozialistischen Etatismus durch eine kontrollierte Zulassung liberaler Elemente des politischen Pluralismus doch noch zu legitimieren, der sich in den unterschiedlichen Varianten von Runden Tischen manifestierte, schlug folglich fehl. Parteienpluralismus und freie Wahlen waren der erste Schritt zur Rehabilitierung des liberalen Gesellschaftstypus. Unter dem Einfluß neoliberaler Lehren - etwa des Monetarismus Milton Friedmans oder der politischen Philosophie Friedrich A. Hayeks - wurde eine Entscheidung für die Marktwirtschaft pur getroffen, die den zweiten Schritt vom sozialistischen Etatismus zum liberalen Gesellschaftskonzept darstellte. Im Kontext der postsozialistischen Länder richtet sich diese neoliberale Wende unter der Beziehung 'Globalisierung' nicht nur gegen die soziale Marktwirtschaft des westlichen Typus, dies vor allem wegen der ihr eigenen Generalisierung sozialer Anrechte. Damit schließt sich auch der östliche Zweig des vom Liberalismus über Etatismus zurück zum Liberalismus verlaufenden Zyklus des 20. Jahrhunderts.

Wir sehen nun, daß die liberale Wende trotz der zeitlichen Koinzidenz und der Gleichheit von Argumentationsfiguren in Ost und West auf unterschiedliche gesellschaftliche Bedingungen trifft und somit auch unterschiedliche Konsequenzen hat. Im Westen trifft sie auf Gesellschaften, die sich durch ihre vom Sozialstaat legitimierte Marktwirtschaft im Zentrum des Weltwirtschaftssystems haben halten können. Die soziale Ungleichheit ist hier durch die ausgleichenden Maßnahmen gemildert, entpolitisiert und wird daher akzeptiert. Die damit verbundene hohe und generalisierte Partizipation der Bevölkerung am Sozialprodukt bringt nicht nur legitimatorische Effekte mit sich, sondern garantiert auch, daß die neoliberalen Einschnitte in das sozialstaatliche Leistungsnetz zwar den Wohlfahrtsstaat reduzieren und möglicherweise die benachteiligten Marginalgruppen vergrößern, aber das infolge langjähriger sozialstaatlicher Umverteilung entstandene Wohlstandsniveau nicht wesentlich tangieren.

Im Gegensatz dazu setzt die Liberalisierung im ehemaligen Ostblock in Gesellschaften ein, die zwar einen Wohlfahrtsstaat aber keinen Wohlstand kannten. Die dort zwecks Überwindung des realsozialistischen Etatismus als notwendig erachtete Reduktion sozialpolitischer Umverteilung betrifft sozusagen die Grundversorgungsebene der Lebensführung. Gleichzeitig hebt sie eine Sozialtechnik auf, die im Westen Bedingungen für die Erhaltung der Marktwirtschaft schuf. Dies erfolgt in den postsozialistischen Ländern in einer Situation, in der eine schnelle Ausdifferenzierung der sozialen Struktur einsetzt, in der also innerhalb einst materiell nivellierter Gesellschaften enorme Einkommensunterschiede entstehen und das Lebensniveau großer sozialer Gruppierungen nicht nur relativ, sondern auch absolut sinkt.

Befragungen zeigen nun, daß im ganzen Ostblock, mit geringen Ausnahmen (z. B. die Tschechische Republik), die Akzeptanz der Transformation auf der politischen Ebene von ihrem ökonomischen Erfolg abhängig gemacht wird (vgl. Kluegel, Mason, Wegener 1995). Die Liberalisierung des politischen Systems allein, d. h. die Erneuerung der bürgerlichen und politischen Rechte ist demnach keine ausreichende Bedingung für eine stabile Inklusion der Bürger in die neu entstehenden postsozialistischen Gesellschaften. Diese bedarf offensichtlich auch der Realisierung der sozial-materialen Anrechte, die aber durch die liberale Wende in Frage gestellt werden. Wir sehen also, daß die liberale Wende in den postsozialistischen Gesellschaften keineswegs einen Anschluß an den aktuellen Stand westlicher Industriegesellschaften darstellt, sondern vielmehr eine gesonderte zyklische Schleife, sozusagen einen Zyklus im Zyklus, einleitet, durch den diese Länder vor Probleme gestellt werden, die sie bereits einmal als gelöst betrachteten. Gleiches stellen wir fest, wenn wir uns dem Zerfall multiethnischer Staaten im Ostblock zuwenden. Auch hier sehen wir eine Entwicklung zum nationalen und ethnischen Partikularismus hin, der unter den realsozialistischen Regimen als bereits überwunden galt und in der Folge der liberalen Wende erneut aufflammt. Die Konsequenz davon scheint zu sein, daß die liberale Transformation in den postsozialistischen Ländern häufig erneut auf der Ebene nationalsozialistischer Neuformierung ansetzen muß. Damit werden jedoch auch Optionen für populistisch-nationalistische Mobilisierungen wieder aktuell.

Betrachten wir also die liberale Wende in den postsozialistischen Gesellschaften als einen Teil des gesamteuropäischen Liberalismus-Etatismus-Liberalismus-Zyklus, so sehen wir, daß die postsozialistischen Länder aufgrund dieser Wende gezwungen werden, innerhalb dieses großen Zyklus einen Subzyklus zu beschreiben. Die ungelösten Probleme der Legitimation von explodierender sozialer Ungleichheit sowie ihrer sozialpolitischen Bewältigung und die Notwendigkeit nationalstaatlicher Neuformierung und die daraus entspringenden Imponderabilitäten zeigen uns an, daß der Punkt, an dem sich die realsozialistischen Gesellschaften durch ihre Transformation dem europäischen Großzyklus wieder anschließen, paradoxerweise irgendwo vor seiner Gabelung in die sozialstaatliche und totalitäre Richtung liegt. Denn einerseits sprechen viele Anzeichen dafür, daß insbesondere die ostmitteleuropäischen Länder, trotz radikaler liberaler Rhetorik und trotz Sparmaßnahmen im Bereich der individuellen Sozialleistungen die Weichen in Richtung eines gemäßigten sozialpolitischen Etatismus stellen und somit möglicherweise eine weitere Periode ihres Zyklus einleiten. In anderen - vor allem weiter im Osten liegenden Regionen - stehen andererseits die Möglichkeiten einer nationalistisch verstärkten Option für populistische Entwicklungen linker oder rechter Prägung offen. Salopp ausgedrückt - wer Weimarer Verhältnisse sehen will, braucht nur die Entwicklung in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion anzuschauen.

Bewahrheitet sich also das Habermas'sche Diktum von der westeuropäischen Vergangenheit als Zukunft der postsozialistischen Länder doch (Habermas 1990)? Ja

und nein! Denn wenigstens für die relativ konsolidierten Länder Ostmitteleuropas besteht in dieser Zyklizität eine einmalige Chance: Sie stehen zwar vor strukturellen Problemen, die die Vergangenheit der europäischen Industriegesellschaften kennzeichneten, sie können aber zugleich diese Probleme angehen in Kenntnis all der nichtintendierten Folgen, die die in Europa bisher historisch realisierten Problemlösungen nach sich zogen. Durch diese Chance ist die Möglichkeit gegeben, einen neuen Kompromiß zwischen den etatistisch-wohlfahrtsstaatlichen und liberalen Komponenten der Moderne zu schaffen. Eine so verstandene „reflexive Modernisierung“ könnte Lösungen vorwegnehmen, nach denen die westlichen Wohlfahrtsstaaten noch schmerzhaft suchen müssen. Die Entwicklung der Transformationsländer wird also selten eine getreue Kopie der westlichen Vorlage sein. Im Gegenteil - ihre Eigenart wird auch seitens der westeuropäischen Länder und der Europäischen Union Anpassungsleistungen erfordern. Erst dann werden sich der westeuropäische und der postsozialistische Zyklusverlauf vereinen können.

2. Literatur

- Andorka, R., Social Changes and Social Problems in Hungary since the 1930s, in, *Comparative Social Research* 14/1994
- Bornschiefer, V., 1988, *Westliche Gesellschaften in Wandel*, Frankfurt/M
- Braudel, F., 1962, *Histoire et sciences sociales: La longue durée*, in, ds, *Ecrits sur l'histoire*, Paris
- Dahrendorf, R., 1992, *Der moderne soziale Konflikt*, Stuttgart
- Habermas, J., 1990, *Vergangenheit als Zukunft*, Zürich
- Hankiss, E., *Zwischen zwei Welten. Wertewandel in Ungarn*.
- Kluegel, J., Mason, D., Wegener, B. (Hrsg.), 1990, *Social Justice and Social Change*, New York: de Gruyter 1995
- Mannheim, K., 1967, *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*, Bad Homburg
- Parsons, T., 1968, *System moderner Gesellschaften*, München
- Ritter, G., 1991, *Der Sozialstaat. Zur Geschichte seiner Entwicklung*. München
- Schumpeter, J. A., 1987, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern (erstmalig 1942)
- Schumpeter, J. A., 1961, *Konjunkturzyklen*, Bd. I, Göttingen.
- Spencer, H., 1889, *Prinzipien der Soziologie* Bd. III, Stuttgart
- Spencer, H., 1896, *Prinzipien der Soziologie*, Bd. IV, Stuttgart
- Tönnies, F., 1979, *Gemeinschaft und Gesellschaft*, Darmstadt (erstmalig 1887)

von Mises, L., 1920, Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 47/1